



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN



**UNSER NRW,
UNSERE ENTSCHEIDUNG**
Urbane Gesellschaft neu denken

am 19. und 20. September 2015
in Duisburg #nrwtag51

The logo for the 51st JU NRW-Tag features the number '51' inside a white circle, followed by the text 'JU NRW-Tag' in white on a dark blue background. Above the text is a white silhouette of a group of people.

„Duisburger Erklärung“

**Aktueller Beschluss zum 51. JU NRW-Tag
am 19./20. September 2015 in Duisburg**

„Duisburger Erklärung“

Bundesinnenminister Thomas de Maizière korrigierte am 19.08.2015 die ursprüngliche Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die für das aktuelle Jahr insgesamt 450.000 Flüchtlinge voraussah, auf mehr als 800.000 Flüchtlinge deutlich nach oben. Ein weiterer Anstieg ist nicht ausgeschlossen. Das hinter diesen Zahlen noch abstrakt wirkende Leid und die Verzweiflung hunderttausender Menschen werden uns auf Grund persönlicher Begegnungen, durch Gespräche mit Flüchtlingen und ehrenamtlichen Helfern konkret bewusst. Schließlich ist angesichts der politischen Lage im Nahen Osten und der wirtschaftlichen Missstände im Südosten Europas und Afrika eine Entspannung oder gar eine Trendwende der Migrationsbewegungen in den kommenden Jahren nicht abzusehen.

Kommunen entlasten

Die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen stellen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor enorme Herausforderungen. Die Menschen in NRW vermissen ein ordnendes Strukturkonzept seitens der Landesregierung, um diese unübersichtliche Lage in den Griff zu bekommen. Beispielsweise klafft bei der finanziellen Unterstützung der Kommunen eine riesige Lücke zwischen den Worten der Landesregierung und ihrem tatsächlichen Handeln. Während Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland 100 Prozent der Kosten pro Flüchtling übernehmen, erstattet das Land Nordrhein-Westfalen effektiv nur 30 Prozent. Die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel müssen auch in Nordrhein-Westfalen vollständig und unbürokratisch an die Kommunen weitergeleitet werden. Zudem muss die maximale Verweildauer der Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen und den zentralen Einrichtungen des Landes ausgenutzt werden, um eine Weiterverteilung an die Kommunen erst dann vorzunehmen, sobald der Asylstatus geklärt ist. Insbesondere sollten Menschen aus den Balkanstaaten nicht in die Kommunen weitergeleitet werden. Dies wurde bereits im Juni zwischen dem Bund und den Ländern vereinbart und sollte schnellstmöglich seitens der Landesregierung umgesetzt werden. Das Land muss außerdem eine ausreichende Anzahl von Erstaufnahmeeinrichtungen in allen Teilen des Landes schaffen.

Asylrecht als Selbstverständlichkeit

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen steht für das Grund- und Menschenrecht auf Asyl ein. Das heißt für uns nicht nur, dass wir Menschen mit Bleiberecht, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, Schutz und Sicherheit gewähren, sondern auch die Integrationspolitik in den Vordergrund stellen. Fremdenfeindliche Entwicklungen verurteilt die Junge Union Nordrhein-Westfalen auf das Schärfste.

Trennung von Asyl- und Einwanderungsrecht

Zu einer seriösen Behandlung des Themas Migration ist es unerlässlich, eine klare Linie zwischen Asylrecht auf der einen und dem Einwanderungsrecht auf der anderen Seite zu ziehen. Denn angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen muss eines klar sein: Bei einer realistischen und langfristig tragfähigen Herangehensweise kann auf eine Differenzierung zwischen Flüchtlingen, die wegen politischer Verfolgung oder Krieg ihre Heimat verlassen und Flüchtlingen, die auf Grund wirtschaftlicher Misstände fliehen, schlichtweg nicht verzichtet werden. Eine solche Differenzierung ist notwendig, um das verfassungsrechtlich geschützte Asylrecht umsetzen zu können und um der Verantwortung gegenüber Flüchtlingen und auch der eigenen Bevölkerung gerecht zu werden.

Sichere Herkunftsländer

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen begrüßt, dass die Bundesregierung bei ihrem Koalitionsgipfel neben den Balkanstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien auch Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsländer deklariert hat. Gerade die Asylantragszahlen von Asylbewerbern aus den Balkanstaaten sind in den letzten Monaten frappierend angestiegen. Die Anerkennungsquote für diese Asylanträge liegt aber bei nahezu Null. Sollte das Vorhaben im Bundesrat an einer Blockadehaltung der Grünen scheitern, müssen sich jene darüber im Klaren sein, eine Mitschuld an den katastrophalen Zuständen an den EU-Außengrenzen zu tragen. Wir müssen unsere Hilfe auf Verfolgte aus politischen Krisengebieten konzentrieren, beispielsweise auf Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien.

Rückführungen konsequent durchsetzen

Eine gute und kluge Asylpolitik erfordert eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber – allein um das Asylrecht vor Missbrauch zu schützen. 2014 wurden gerade einmal 7 Prozent aller bundesweit abgelehnten Asylbewerber tatsächlich abgeschoben. Nordrhein-Westfalen muss hier konsequenter handeln. Es ist äußerst verwerflich, dass die selbsternannten

Gutmenschen offen zu Rechtsbruch aufrufen, indem beispielsweise Abschiebungen blockiert und Polizeibeamte, deren Einsatz unseren höchsten Respekt verdient, bei ihrer Arbeit behindert werden. Auch in dieser Frage hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung bisher ihrer Verantwortung auf ganzer Linie entzogen, anstatt den Rechtsstaat und seine Vollzugskräfte zu stärken.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert mehr Personal für die Polizei sowie zur Bearbeitung von Asylanträgen und eine erhebliche Verkürzung der Bearbeitungsfristen. Bundesweit wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres bislang nur circa 36 Prozent der Anträge bearbeitet, davon wurden nur circa 39 Prozent positiv beschieden. Eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von 5,3 Monaten ist eine Zumutung für die Bundesländer. Vorbild müssen Länder wie die Schweiz, Norwegen oder die Niederlande sein, in denen 80 Prozent der Anträge in maximal einer Woche entschieden sind. Dazu würden auch eine Straffung des Klageverfahrens und die personelle Verstärkung der Verwaltungsgerichte immens beitragen können.

Aufteilung zwischen den Bundesländern

Innerhalb Deutschlands und Nordrhein-Westfalens braucht es eine ausgewogene Zuteilungspolitik. Einzelne Kommunen und Länder dürfen nicht überlastet werden. Gerade vor dem Hintergrund der rasant steigenden Flüchtlingszahlen, kann nicht mehr allein nach Verteilschlüsseln vorgegangen werden. Hier kann verfügbarer Wohnraum ein zusätzlicher Faktor sein. Ein finanzieller Ausgleich nach der Leistungskraft der einzelnen Länder muss dann nachgelagert erfolgen.

Europäische Verantwortung

Wir setzen uns für eine sofortige Neuordnung der Asylpolitik auf europäischer Ebene ein. Hier muss zeitnah eine tragfähige Quotenregelung gefunden werden, um Vertrauen in eine jetzt notwendige Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Politik zu schaffen. Dass sich die Innenministerkonferenz am 14.09.2015 immer noch nicht auf einen Schlüssel einigen konnte, kritisieren wir deutlich. Daneben werden ein EU-weit einheitliches Asylrecht und vergleichbare Asylstandards der Schlüssel für eine Entzerrung sein. Es darf nicht der Anreiz sein, Deutschland zu erreichen. Der Anreiz muss lauten, ein sicheres Aufnahmeland zu erreichen. Die Junge Union Nordrhein-Westfalen befürwortet die von der Bundesregierung beschlossenen vorübergehenden Grenzkontrollen, um schrittweise zu einer geordneten Asylpolitik

zurückzukehren. Über die bisherigen sporadischen Kontrollen hinaus, muss die Bundespolizei umgehend in die Lage versetzt werden, auch befristete flächendeckende Grenz- und Personenkontrollen durchführen zu können. Dennoch wollen wir grundsätzlich am Schengener Abkommen festhalten. Wir wollen auch morgen noch ein Europa der offenen Grenzen.

Bei einem Festhalten an der aktuellen EU-Asylpolitik mit einigen wenigen aufnehmenden Ländern, könnten die derzeitige Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung und die Akzeptanz für die weitere Aufnahme von Flüchtlingen verloren gehen. Deshalb müssen die Zuweisungen von Flüchtlingen auf die Mitgliedsstaaten wie vorgesehen an den Außengrenzen der Schengen-Staaten vollzogen werden. Sollte ein Antragsteller sich nicht daran halten, sollte ihm das Asyl in dem von ihm frei ausgesuchten Staat verwehrt werden. Wenn sich Mitgliedstaaten nicht an diese Verfahren halten, müssen gegen sie Sanktionen verhängt werden.

Internationale Krisenprävention

Die symptomatische Behandlung ist jedoch nicht von einer nachhaltigen Problemlösung geprägt. Daher fordert die Junge Union die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen eine wirksame Lösungsstrategie zur Ursachenbekämpfung zu entwickeln. Neben einer stets vorrangig zu betrachtenden Entwicklungshilfe, muss Verantwortung notfalls auch in militärischer Hinsicht übernommen werden.

Einsatz und Hilfe dankend anerkennen

Der beispiellose Einsatz der zahlreichen ehrenamtlichen Helfer, egal ob als Einzelperson oder in Bürgerinitiativen, gilt genauso unser Dank, Respekt und Anerkennung, wie den tausenden Aktiven bei den Hilfsorganisationen, dem THW und der Bundeswehr, den kommunalen und überregionalen Krisenstäben und Mitarbeitern der Behörden, welche sich Tag und Nacht um die Versorgung der notleidenden Menschen aufopferungsvoll kümmern.